

TOP 10

Flüchtlingssituation im Kreis Unna

Rede von Herrn Landrat Michael Makiolla

Die Aufnahme, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen ist nach meiner Wahrnehmung die größte gesellschaftspolitische Herausforderung, vor der unser Land seit der Wiedervereinigung vor 25 Jahren steht.

Die Bundesregierung geht offiziell von 800.000 Menschen aus, die im Jahre 2015 nach Deutschland kommen werden.

Inoffizielle Prognosen sprechen aber bereits von deutlich über 1 Million Menschen. Ich würde sagen, diese inoffiziellen Prognosen sind weit realistischer als die aktuellen Prognosen der Bundesregierung.

Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr, also in 2014, hat Deutschland gerade einmal 202.000 Flüchtlinge aufgenommen – eine Zahl, die wir alle damals schon sehr hoch empfunden haben und wo wir damals schon sehr viele Mühe aufgewandt haben, um diese Menschen unterzubringen.

o Nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ verbleiben rund 21%, also etwas mehr als 1/5 aller Zuflucht suchenden Flüchtlinge in unserem Bundesland NRW.

Rund 0,46% der bundesweiten Flüchtlinge werden den Städten und Gemeinden des Kreises Unna zugewiesen, d.h. man kann anhand der bundesweit registrierten Flüchtlinge sehr schnell ausrechnen, was das hier für die Städte und Gemeinden im Kreis Unna bedeutet.

Die Aufnahme dieser großen Anzahl von Menschen in so kurzer Zeit stellt alle Regierungs- und Verwaltungsebenen in Deutschland vor große Herausforderungen, die uns insgesamt, das muss man wirklich sagen, an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit bringen.

Alle verantwortlichen Behörden und Hilfsorganisationen in Deutschland und auch im Kreis Unna haben große Probleme, die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert werden, zu bewältigen.

Dabei engagieren sich die Städte und Gemeinden sowie der Kreis Unna im bundes- wie auch landesweiten Vergleich überdurchschnittlich und stecken sehr viel Personal- und Sachressourcen in die Bewältigung der Aufnahme von Flüchtlingen im Kreisgebiet.

Zusätzlich gibt es auch bei uns eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, die wirklich außergewöhnlich und aus meiner Sicht bewundernswert ist.

Im Kreis Unna leben derzeit mehr als 3.840 Flüchtlinge, davon sind rund 1.440 den Städten und Gemeinden direkt zugewiesen. Der überwiegende Teil dieser Menschen wird dauerhaft hier bei uns bleiben.

Für die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen sind die Städte und Gemeinden verantwortlich.

Zusätzlich leben mehr als 2.400 Flüchtlinge in Notunterkünften, die entweder vom Land NRW oder von den Kommunen im Auftrag des Landes NRW betrieben werden. Die unmittelbaren Betreiber sind in der Regel die Hilfsorganisationen wie beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz.

Das heißt die Hauptverantwortung für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen liegt bei den Städten und Gemeinden sowie beim Land NRW.

Der Kreis Unna hat im Vergleich dazu nur Randzuständigkeiten und zwar folgende:

1. Unsere Ausländerbehörde betreibt in Unna Massen im Auftrag der Bezirksregierung Arnsberg die größte Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in NRW. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung registrieren dort jeden Tag zwischen 200 und 250 Flüchtlinge und sorgen für gesundheitliche Untersuchungen der Neuankömmlinge.
2. Der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz unterstützt die Stadt- und Gemeindeverwaltungen bei der gesundheitlichen Betreuung der Flüchtlinge, die den Städten und Gemeinden zugewiesen sind.
3. Das kommunale Integrationszentrum des Kreises Unna organisiert zusammen mit der Schulaufsicht des Landes die Beschulung der Flüchtlingskinder, die den Städten und Gemeinden zugewiesen sind und mit dem GO-IN-Programm, was wir seit vielen Jahren hier durchführen, sind wir dort, auch im bundesweiten Vergleich, hervorragend aufgestellt, und es gibt kaum einen Kreis, in dem das so gut funktioniert wie bei uns.
4. Das Jobcenter des Kreises Unna betreut die Flüchtlinge, die in Deutschland das Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt haben, und da gilt das, was der Kreisdirektor vorhin zum Budgetbericht gesagt hat.

Aus all dem folgt und deshalb habe ich das gesagt: Der Kreis Unna sollte sich bei seinem Engagement für die Flüchtlinge auf seine Aufgaben und Zuständigkeiten konzentrieren und sich möglichst nicht in die Angelegenheiten der Städte und Gemeinden sowie des Landes NRW einmischen.

Nach meiner Wahrnehmung tragen die Städte, Gemeinden und auch die Kreise in Deutschland die Hauptlast bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Die Organisation und die Aufnahme dieser Menschen ist bislang deshalb so gut gelungen, weil sich ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen, der Landesbehörden und auch der Hilfsorganisationen in den vergangenen Wochen außergewöhnlich engagiert haben.

Insbesondere das spontane ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger ist bemerkenswert und beeindruckt mich maßlos.

Ich spreche daher allen Helferinnen und Helfern dafür meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Und weil die Hauptaktivitäten bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland derzeit in den Kommunen stattfinden, ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass am geplanten Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin am kommenden Donnerstag in Berlin keine Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden teilnehmen sollen.

Zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen, Oberbürgermeister und Landräte, des Ruhrgebietes habe ich daher die Kanzlerin aufgefordert, auch Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände zum Flüchtlingsgipfel einzuladen.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, an der sich alle staatlichen Ebenen unseres Landes, also der Bund, die Länder und die Kommunen, angemessen zu beteiligen haben.

Es kann nicht sein, dass die unterste Ebene, also die Kommunen, vom Bund und vom Land in die Pflicht genommen werden, ohne die Gelegenheit zur Mitsprache zu erhalten. Darüber hinaus haben sich die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebietes in einem Schreiben an die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gewandt.

Darin wird die Landesregierung genauso wie die Bundesregierung um weitere Unterstützung bei der Bewältigung dieser großen Herausforderung für die Kommunen gebeten. Insbesondere fordern wir eine weitere Erhöhung der Landeskapazitäten für die Erstaufnahme von Flüchtlingen.

Den Städten und Gemeinden sollten nur die Personen zugewiesen werden, die auch tatsächlich eine erkennbare Bleibeperspektive in Deutschland haben.

Um künftig Steuererhöhungen und mögliche Schließungen von kommunalen Einrichtungen zu vermeiden, fordern die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebietes eine vollständige Kostenerstattung durch Bund und Land. Und genau darum geht es ja am Donnerstag auf dem Flüchtlingsgipfel.

Nur so kann der soziale Friede gewahrt bleiben.

Außerdem ist eine flexiblere Haltung der Kommunalaufsicht des Landes bei der Anwendung der Regelungen über den Vollzug vom kommunalen Haushaltssicherungskonzepten und Haushaltssanierungsplänen notwendig, um den Kommunen, insbesondere bei den Investitionen für Flüchtlingsunterkünften, größere Handlungsspielräume zu gewähren.

Denn es sind bemerkenswerterweise gerade die finanzschwachen Städte und Gemeinden des Ruhrgebietes, die in NRW überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufgenommen haben und das auch finanzieren müssen. Das muss auch von der Kommunalaufsicht des Landes honoriert werden.

Ich gehe fest davon aus, dass die Ministerpräsidentin unsere kommunalen Anliegen am Donnerstag gegenüber der Bundesregierung vertreten wird, insbesondere dann, wenn die Bundeskanzlerin daran festhält, keine kommunalen Vertreter hinzuzuziehen.

Die Situation der Flüchtlinge im Kreis Unna wird uns in den kommenden Wochen und Monaten weiter intensiv beschäftigen.

Deshalb habe ich bereits vor einiger Zeit das bestehende Netzwerk „Kommunale Integration“, das aus der Integrationskonferenz des Kreises Unna entstanden ist, zu einer Tagung am 20.10.2015 nach Bergkamen eingeladen.

Wir wollen eine gemeinsame Strategie im Kreis Unna entwickeln, um den Herausforderungen begegnen zu können, die bei der Integration von Flüchtlingen auf uns zu kommen.

Dies zu initiieren zählt zu den völlig selbstverständlichen Aufgaben, die die Verwaltung hat.

Viele von den Menschen, die in diesen Tagen in Deutschland Zuflucht suchen, werden dauerhaft bei uns bleiben.

Auch wir im Kreis Unna werden noch bunter und noch zahlreicher werden und die ganzen demographischen Prognosen der vergangenen Jahre werden keine Gültigkeit mehr haben.

Das stellt uns alle vor große gesellschaftliche Herausforderungen, die nur mit großen Anstrengungen zu bewältigen sein werden und die Integration dieser Menschen in die einheimische Gesellschaft wird in den kommenden Jahren eine der wichtigsten öffentlichen Aufgaben auch hier bei uns im Kreis Unna sein.

Lassen sie uns gemeinsam daran mitarbeiten, diese Herausforderungen im Kreis Unna erfolgreich zu bewältigen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!